



## UV-Positionspapier - Weichenstellungen für die Wirtschaft nach Corona

Der Unternehmerverband vertritt in der Region Westmecklenburg 720 klein- und mittelständische Mitgliedsunternehmen mit aktuell rund 17.500 Beschäftigten aller Branchen und Unternehmensgrößen. Der Unternehmerverband hat sich damit in seinem 30-jährigen Bestehen zu einer der mitgliederstärksten arbeitgeberseitiger Positionen in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und organisiert für seine Mitgliedsunternehmen eine konsequente, auf Zusammenarbeit und Dialog angelegte Interessensvertretung. Vor allem jetzt in Corona-Zeiten ist eine zielgerichtete Mittelstandspolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene essentiell wichtig, um Arbeitsplätze und Unternehmen vor Ort zu erhalten. Zusammen mit den Unternehmerverbänden Rostock-Mittleres Mecklenburg e.V. und Vorpommern e.V. ist der Unternehmerverband außerdem in der Interessensgemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin organisiert, dessen Vorsitz Verbandspräsident Rolf Paukstat derzeit führt. Die Interessensgemeinschaft repräsentiert mehr als 22.000 Unternehmern, Handwerker, Selbstständige und Freiberufler und setzt sich für faire und ausgewogene Wirtschafts- und Marktbedingungen des Mittelstandes im nationalen und internationalen Wettbewerb ein.

Zur Bewältigung der Corona-Krise mit ihren Auswirkungen fordern wir nach den Soforthilfen weitere Maßnahmen zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft:

### **1. Schutzschirm für besonders betroffene Branche ausweiten und verlängern – Tourismusbranche als Treiber für Einzelhandel, Kultur und regionale Wirtschaft in MV**

Mecklenburg-Vorpommern lebt vom Tourismus, daher sollte die Auslastungsbegrenzung schnellstmöglich aufgehoben werden und auch bisher geschlossene touristische Einrichtungen wie Kneipen und Bars sowie kulturelle Einrichtungen wie Theater etc. sollten unter Auflagen wieder öffnen und stattfinden dürfen. Mecklenburg-Vorpommern steht derzeit in Konkurrenz zu anderen touristischen Destinationen, eine Beschränkung verschiebt den Wettbewerb zu Gunsten der Konkurrenz wie Schleswig-Holstein oder Bayern. Es ist sicher, dass der Urlaub 2020 vorrangig in Deutschland stattfindet wird, die Chance sollte MV als Gastgeberland für innerdeutschen Tourismus nutzen. Mit gezielten Tourismuskampagnen sollten Zielgruppen auch aus anderen Bundesländern (vor allem Altländern) angesprochen werden, der bundesweite Ferienkorridor vollständig genutzt werden. Die touristische Positionierung und Konzeption sollten außerdem nachhaltig sein, der Fokus auf Familie, Natur, Regionalität, Nachhaltigkeit und Gesundheit liegen, statt Massentourismus sanfter Tourismus. Diese Aspekte gewinnen bei vielen Menschen an Bedeutung, sie führen zudem zu einer langfristigen Bindung, stärken das Image des Landes und wirken damit über die Krisenzeit hinaus.

Kommen mehr Touristen ins Land, hilft das dem Einzelhandel wieder durchzustarten. Freizeiteinrichtungen wie beispielsweise Zoos, Indoor- und Outdooraktivitäten, Museen, aber auch Naturparks sowie kulturelle Veranstaltungen runden das touristische Angebot ab. Hierdurch könnte sich die Lage bei freischaffenden Musikern und Künstlern entspannen.



Ausgelastete Gastronomie und Hotellerie regen zudem weitere Branchen an wie Reinigung, Handwerk, Baugewerbe, und natürlich insbesondere die regionalen Versorgungsketten von regionalen Bauern und Lieferanten sowie dem Großhandel. Langfristig ist nicht auszuschließen, dass Investoren bereit sind in sanften Tourismus zu investieren (Radwege, Ferienhäuser/wohnungen statt Hotelkomplexe, nachhaltige Mobilitätskonzepte) und dadurch das Bundesland einen Aufschwung in vielfältiger Art und Weise erlebt. Unterstützungsprogramme wie Investitionsanreize sollten daher an nachhaltige und regionale Ziele gekoppelt werden, sie passen zum Konzept Mecklenburg-Vorpommern „MV tut gut“, lassen eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung erwarten und werten die Standortattraktivität in vielfältiger Weise auf.

## **2. Schutzschirm für besonders betroffene Branchen mit übergeordneten Zielen wie Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Verantwortung, regionale Wertschöpfungsketten und ressourcensparende Produktion koppeln**

Finanzielle Unterstützung der verschiedenen Industriebranchen ist ein zweiseitiges Schwert. Es ist abzusehen, dass sich das Konsumverhalten in Deutschland als auch in anderen wichtigen Absatzmärkten innerhalb Europas als auch weltweit aus den unterschiedlichsten Gründen verändern werden. Sei es aufgrund einer geringeren Kaufkraft durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, aber auch konsumkritische Bestrebungen – weg von der Wegwerfgesellschaft hin zu Wertegesellschaft. Kaufprämien für Autos, etc. geben falsche Anreize, die Akzeptanz der Unterstützung von Großkonzernen, die in den letzten Jahren Gewinne erwirtschaftet haben und auch in der aktuellen Zeit Dividenden auszahlen wollen, stößt bei der breiten Bevölkerung und auch in der mittelständischen Wirtschaft zunehmend auf Unverständnis. Das betrifft insbesondere die Autoindustrie, aber auch die Luftfahrt- und maritime Industrie sowie andere Industriezweige. Die Unterstützungsprogramme sollten dringend ebenso an übergeordnete Ziele wie Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Verantwortung, regionale Wertschöpfungsprozesse und ressourcensparende Produktion und Technologien gekoppelt sein. Hier bedürfen vor allem Zulieferunternehmen (i.d.R. sind dies KMUs) finanzielle als auch Unterstützung durch Wissenschaft und Forschung. Forschungsprojekte sollten daher immer auch direkt die unmittelbare Praxis unterstützen. Wenn Deutschland seine Wirtschaft an übergeordneten Leitzielen ausrichtet, kann es als Innovationstreiber gestärkt aus der Krise herausgehen. Made in Germany – mit Weitsicht auf die Zukunft stärkt auch den Mittelstand.

## **3. Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinstunternehmen brauchen spezielle Förderung und eigene Instrumente der sozialen Absicherung**

Solo-Selbstständige, Freiberufler und Kleinstunternehmen bedürfen eigener Förderprogramme, vor allem der kreative Bereich wie Fotografen, Grafiker, Künstler, Veranstalter, aber auch selbstständige Dozenten im Bildungsbereich verfügen in der Regel über keine hohen Rücklagen. Bisher war in den Soforthilfen die Entnahme für die Aufrechterhaltung des eigenen Lebensunterhaltes ausgeschlossen, doch vor allem diese Gruppe verfügt über keine hohen Fixkosten wie Miete, Maschinen und Personal, sondern sie finanzieren über Aufträge ihren kompletten Lebensunterhalt. Eine Stadt, eine Region, ein Land lebt von der Vielfalt der Menschen. Kulturschaffende und Kreative bereichern den öffentlichen Raum und Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise. Es fehlt an rechtlichen und sozialstaatlichen Regeln, die auch die konkreten Lebens- und Erwerbslagen dieser Gruppe berücksichtigen. Ein Überbrückungsgeld für diese Gruppe wäre neu aufzusetzen und zu starten, wie das Beispiel von Großbritannien zeigt.



Dort werden 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes der vergangenen drei Jahre – gedeckelt bei einem Maximalbetrag von 2.800 Euro als Zuschuss gewährt. Auch können Innovations- oder Kreativstipendien helfen, dass die Branche wieder Fuß fasst.

#### **4. Liquiditäts- und eigenkapitalstärkende Maßnahmen für mittelständische Unternehmen**

Um die Liquidität zu fördern und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu sichern, sollten steuer- und sozialpolitische Maßnahmen genutzt werden:

- Gewerbesteuern für bestimmte Branchen zeitlich erlassen oder beschränken (beispielsweise in den Rücklagen kaum vorhanden sind und/oder vom Saisongeschäft abhängig sind wie im Tourismus)
- Mehrwertsteuer-Senkung auf 7% für Gastronomie längerfristig und einschl. der Getränke
- Abschaffung von Bettensteuer, von Kultur- und Tourismusförderabgaben
- Rückerstattung vorausgezahlter Steuern
- Abschaffung des Solidaritätszuschlages
- beschleunigte steuerliche Abschreibung auf Investitionen (um 5 Jahre kürzen), welche beispielsweise Klimaschutzziele oder ressourcensparende Produktion unterstützen
- Verlustrücktrag auf mehrere Jahre ausweiten bzw. Verluste mit Gewinnen vergangener Jahre verrechnen
- zeitnahe Erstattung des Kurzarbeitergeldes und der Sozialversicherungsbeiträge
- Bezugszeitraum des Kurzarbeitergeldes verlängern. Statt einer generellen KUG-Anhebung, sollte dies nur für Niedriglohnsektoren gelten, denn für sie ist KUG von 60% bzw. 67% existenzbedrohend. Über die Hinzuverdienstmöglichkeiten können Arbeitnehmer aller Gehaltsklassen etwas hinzuverdienen.
- Förderung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung mit Zuschüssen bis zu 100%, bislang setzt die Förderung von lebenslangem Lernen in Mecklenburg-Vorpommern eine Kofinanzierung durch den Arbeitgeber voraus - sowohl bei der Förderung durch das Qualifizierungschancengesetz oder durch den Bildungsscheck für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern

#### **5. Prüfung der Soforthilfen durch das Landesförderinstitut – begründete Rückzahlungen richtig, aber auch Nachzahlungen bei Mehrbedarf zulassen**

Das LFI beginnt mit Ablauf der drei Monate Soforthilfe abzurechnen und fragt die tatsächlichen Liquiditätsengpässe ab. Eventuell muss dann anteilig Soforthilfe zurückerstattet werden. Jedoch gibt es viele Fälle, in denen die Soforthilfe nicht ausreichend war, z.B. auf Grund der Unternehmensgröße nur max. 9.000 Euro ausgezahlt wurden, jedoch die Ausgaben weit größer waren. Hier könnte eine Ausweitung der Höchstgrenzen der Soforthilfe und Nachzahlung über die bereits gezahlte Summe hinaus erfolgen. Die Prüfung der realen Situation der drei Monate würde damit nicht nur Rückzahlungen zur Folge haben, sondern könnte auch im Umkehrschluss zu Nachzahlungen an die besonders betroffenen Unternehmen führen und würde besonders betroffenen Unternehmen das Überleben über den 3-Monats-Korridor hinaus ermöglichen.



## **6. Stärkung des Mittelstandes – eigenes Konjunkturprogramm mit Projektförderung zum Aufbau regionaler und nachhaltiger Lieferketten und zum Aufbau und Ausbau nachhaltiger Produktion**

Klein- und mittelständische Unternehmen bedürfen eigener Konjunkturprogramme. Branchenzugehörigkeit, Unternehmensgröße, Mitarbeiterzahlen sollten nicht die einzigen Entscheidungskriterien sein. Die Maxime „höher, schneller, weiter“ sprich die Profitmaximierung wie bei den Großunternehmen hat ihre Grenzen erreicht, nachhaltiges Wirtschaften im ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Einklang ist die Antwort auf die Zukunft. Kleine und mittlere Unternehmen, vor allem die familiengeführten und regional verbundenen haben seit jeher den Fokus auf Authentizität, Persönlichkeit und Werte statt nur auf Effizienz und Effektivität. Ihnen fällt es daher oftmals leichter resilienter gegenüber Krisen und neuen Herausforderungen zu sein, vor allem dann, wenn sie finanziell auf soliden Beinen stehen. Sie sind zudem aufgrund ihrer Größe und Entscheidungshierarchien schneller in der Lage zu reagieren und neue Strategien entsprechend umzusetzen. Voraussetzung hier: schlanke Bürokratie, investitionsfreundliche Steuerpolitik, finanzielle Unterstützung bei Investitionen durch attraktive Konditionen von Bürgschaftsbanken, KfW und Hausbanken sowie der Förderung von Aus- und Weiterbildung für qualifiziertes Personal. Durch die Corona-Krise sind viele Unternehmen unverschuldet in Schieflage geraten. Vor allem in Ostdeutschland sind je nach Branche und Geschäftsmodell die Rücklagen nicht hoch, Investitionen in Anlagen und Personal stellen eine immense Herausforderung dar – personell wie finanziell. Förderprogramme sollten daher einfach und simpel in der Umsetzung sein, sodass sie schnell in Eigenregie in beantragt und umgesetzt werden können. Externe Berater braucht es nur bei größeren Herausforderungen bzw. in größeren Unternehmen. Leitfäden, Austausch mit anderen Unternehmen erleichtern und Vorstellung von Best Practice erleichtern die Umsetzung (Hilfe zur Selbsthilfe). Regionale Netzwerke und Projekte sollten daher gezielt zur Geschäftsanbahnung und Austausch von Ideen oder auch gemeinsamen Projekten gefördert werden, die Wertschöpfungskette bleibt in der Region und die Steuern helfen den Städten und Kommunen bei der Reinvestition von Bildung, Infrastruktur, etc. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Politik und Verwaltung hilft auf Augenhöhe zu kommunizieren und passgenaue Programme zu entwickeln. Best Practice Beispiele sollten daher auch überregional ausgetauscht werden. Die Unterschiede zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und Westdeutschland sind bei den Unterstützungsprogrammen zu beachten, damit zielgenaue Lösungen gefunden werden können.

## **7. Wertschätzung des mittelständischen Unternehmertums und seiner Angestellten in Politik und Gesellschaft**

Bisher ist es für klein- und mittelständische Unternehmen schwierig ihre Bedürfnisse an die Politik heranzutragen, da sie von außen betrachtet heterogen wirken und es ihnen aufgrund personeller und zeitlicher Ressourcen nicht immer möglich ist, ihre Anliegen persönlich vorzubringen - im Gegensatz zu Großunternehmen und Konzernen. Vor allem Verbände können hier branchenübergreifend im Sinne der regionalen Wirtschaft für KMUs die Interessen vertreten. Ein regelmäßiger Austausch mit Politik und Verwaltung ist daher wichtig und sollte auf Landes- und auf Bundesebene weitergeführt werden. Bisher war der Fokus der Wirtschaftspolitik sehr stark bzw. sehr sichtbar auf Schlüsselindustrien wie Schifffahrt, Automobil und Luftfahrt und Großkonzernen wie beispielsweise Adidas, TUI und Galeria Kaufhof begrenzt. Der Mittelstand tickt jedoch ganz anders, Geschäftsmodelle und Investitionsbereitschaft als auch Werte- und Führungsverhalten unterscheiden sich deutlich.



Das Bild des Unternehmers in der öffentlichen Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft leidet seit Jahren unter mangelnder Wertschätzung, auch in der medialen Berichterstattung. Einen Beitrag dazu leisten leider die doch teilweise sehr fragwürdigen Forderungen großer Konzerne nach staatlicher Unterstützung trotz ominöser Konzerngeflechte, Flucht in Steueroasen, geplanter Dividendenausschüttung und die Gehaltsstrukturen von Belegschaft und Führungsebene. Gelebte Solidarität sieht auch in der Wirtschaftswelt anders aus. Wichtig ist daher die Förderung moderner, regionaler und nachhaltiger Geschäftsmodelle und Netzwerke statt Milliardenhilfe für globaltätige Großkonzerne. Vor allem der deutsche Mittelstand kann gestärkt aus der Krise hervorgehen, wenn er gezielt unterstützt wird. Da viele klein- und mittelständische mit einer familiären Unternehmenskultur führen, ist der Zusammenhalt zwischen Unternehmer, Führungskräften und Belegschaft wesentlich enger. Krisenzeiten werden gemeinsam besser gemeistert, da alle an einem Strang ziehen. Das Verantwortungsbewusstsein und die Leistungsbereitschaft eines Einzelnen noch größer, wenn ein gutes Betriebsklima herrscht. Die Verwurzelung von KMUs in der regionalen Wirtschaft ist ebenfalls ein entscheidender Wettbewerbsvorteil, viele Unternehmen nehmen ihre Verantwortung gegenüber Politik, Verwaltung, Gesellschaft und anderen Unternehmen wahr – das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns ist für viele selbstverständlich. Sie gehören zum Stadtbild, sie sponsern Vereine, unterstützen ehrenamtliches Engagement in Feuerwehren und Kindergärten – kleine Unternehmen und zunehmend auch wieder Familienunternehmen mit langjähriger Tradition sind daher nicht wegzudenken – vor allem in ländlichen Regionen gehören sie zum sozialen Kit. Es ist davon auszugehen, dass das Unternehmertum mehr Wertschätzung erhält, wenn die Politik „die Kleinen“ unterstützt, statt „die Großen“ und deren Skandale schützt, die Effekte sind direkt für die Gesellschaft sichtbar, fördert den sozialen Zusammenhalt und Akzeptanz. Zudem fördert es die Gründungsbereitschaft als auch die Übernahmebereitschaft von Familienunternehmen, vor dessen Herausforderung vor allem die Wirtschaft in Ostdeutschland steht.

Die vergangenen Jahre waren geprägt von Fachkräftemangel, für den deutschen Mittelstand war es mitunter schwer, Beschäftigten attraktive Löhne zu bieten wie es Großkonzerne oder auch der öffentliche Dienst konnten. Viele klein- und mittelständische Unternehmen mussten in der aktuellen Situation ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, Gehaltseinbußen von 60% bis 67% sind im Niedriglohnbereich wie beispielsweise im Tourismus und Einzelhandel existenzbedrohend, während es Großunternehmen möglich ist, das Kurzarbeitergeld aufzustoßen, können dies kleine Unternehmen oftmals finanziell nicht stemmen. Die Schere zwischen Angestellten in der privaten Wirtschaft in klein- und mittelständischen und Großunternehmen geht durch Corona weiter auseinander, aber auch zu Beamten und Tarifangestellten im öffentlichen Dienst, die vollen Lohnausgleich erhalten und die Möglichkeiten des Home-Office nutzen können. Dies ist Handwerkern, Produktionsmitarbeitern oder Pflegerinnen im Gesundheitswesen nicht möglich.

Der deutsche Mittelstand ist jedoch Rückgrat der Gesellschaft. Soziale Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn es den Unternehmen und Beschäftigten gut geht. Doch viele Mittelständler fragen sich nun, wer die Kosten der Pandemiekrise zahlt. Zumal es einem Unternehmer nach Absicherung seiner Mitarbeiter nur über die Grundsicherung möglich ist, für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Dies reicht oftmals nicht aus, alle privaten Verbindlichkeiten zu bestreiten, zudem ist die Scham viel zu groß, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Daher ist es zu überlegen, in Krisenzeiten einen sog. Unternehmerlohn zu zahlen, in Anlehnung an die Leitungspositionen im öffentlichen Dienst (E 13). Denn ohne Unternehmer gibt es keine Arbeitnehmer und damit auch keine Steuereinnahmen für den Staat.



Vor allem mittelständische Unternehmer leisten in der Krise enormes, neben betriebswirtschaftlichen Entscheidungen sind die Verantwortung für das Personal wahrzunehmen, neue Geschäftsstrategien und -modelle zu evaluieren und das unter Beachtung von unzähliger Verordnungen und behördlichen Vorgaben und bei vollem persönlichen Risiko.

## **8. Förderung regionaler Wirtschaft und regionaler Wertschöpfungsketten #thinkglobalactlocal #supportyourlocal**

Die Corona-Krise hat es gezeigt. Globale Lieferketten bergen ein gewisses Risiko, nicht nur für die Unternehmen selbst, sondern auch für die Gesellschaft, wenn wichtige Schutzausrüstungen nur auf einem leergefegten Markt besorgt werden können oder Nahrungsmittel und andere wichtige Versorgungsgüter aufgrund geschlossener Grenzen nicht rechtzeitig geliefert werden. Regionale Wirtschaft mit regionalen Wertschöpfungsketten sollten daher gefördert werden, auch auf europäischer Ebene. Internationale Verflechtungen sind gut, der Austausch über Klimaziele und Nachhaltigkeit wichtig, doch es nicht zielführend Produktionen auszulagern und Produkte quer um die Welt zu transportieren, um Kosten (manchmal marginal) zu senken und dabei Umwelt und Arbeitsbedingungen vor Ort außen vor zu lassen. Es ist davon auszugehen, dass sich durch Corona das private als auch das wirtschaftliche Konsumverhalten vieler Industrienationen ändern wird. Qualität vor Quantität – Wertegesellschaft statt Wegwerfgesellschaft. Allein dieser Sinneswandel wird viele Geschäftsmodelle überdenkenswert machen, statt grenzenloser Konsum stehen jetzt Sinn und Mehrwert im Vordergrund. Die klein- und mittelständische Wirtschaft kann dies mit ihren regionalen Netzwerkstrukturen gut adaptieren. Voraussetzung ist, die Menschen wollen und können es sich leisten. Hier sollte die Politik mit geeigneten Kampagnen den Wandel begleiten und durch geeignete Maßnahmen die Unterstützung der eigenen lokalen Wirtschaft fördern (Imagewerbung, Kaufanreize über Gutscheine oder Rabatte).

## **9. Abbau von Bürokratie und transparente Kommunikation von Politik und Verwaltung mit der Wirtschaft – die Corona-Erfahrungen fortführen**

Die Kommunikation von Bund und Land war und ist trotz der immensen Herausforderungen und unzähligen Detailprobleme zunehmend besser. Soforthilfen und Förderprogramme wurden sehr schnell aufgesetzt und umgesetzt. Jedoch muss der Praxistest in der Umsetzung der Maßnahmen von vornherein mitgedacht, zugelassen und eingeplant werden. Dazu gehört auch die Bereitschaft, praxisuntaugliche Abläufe schnell zu korrigieren und anzupassen. Es zeigte sich, dass eine enge Einbeziehung der Unternehmer und ihrer Vertreter in Entscheidungs- und Vermittlungsprozesse sehr hilfreich war und Prozesse beschleunigen konnte. Diese Erfahrung aus der aktuellen Corona-Situation aller Beteiligten sollte dazu dienen, auch zukünftig bei wirtschaftsrelevanten Vorhaben und zu treffenden Regelungen stärker in den frühzeitigen Austausch zu treten. Bei der Vielzahl an Informationen zu neuen Richtlinien und Verordnungen ist es vor allem für KMUs schwierig, den Überblick zu halten. Landesweite Service-Hotlines, Plattformen, Handreichungen und FAQ helfen dabei - oder auch die digitale Bearbeitung von Anträgen wie beim Kurzarbeitergeld können Bearbeitungsprozesse verschlanken und vereinfachen.

Der Föderalismus hat regionale und ortsangepasste und mehr zielgenaue Entscheidungen ermöglicht, dennoch sollte die Politik darauf achten, dass sich der Flickenteppich an Verordnungen und Richtlinien in Grenzen hält. Grundsätzliche Entscheidungen sollten bundesweit gelten.



Branchentypische Einschränkungen wie in Hotellerie und Gastronomie oder Öffnungsstrategien werden von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich auslegt, das führt zu unnötigen Wettbewerbsverzerrungen und irritiert Kunden und Unternehmer gleichermaßen. Und eines hat die Corona-Krise auch gezeigt, die föderale Organisation der Bildung hat ihre Schwächen und führt nur zu unnötigen Irritationen bei Kindern, Eltern, Erziehern und Lehrkräften. Planungssicherheit ist für Familien elementar wichtig, aber auch für Arbeitgeber, um Arbeitszeiten und Arbeitsaufgaben zu koordinieren. Und deutlich wurde auch, dass Betreuung von Kindern und paralleles Home-Schooling kein produktives Home-Office zulassen. Zumal diese Möglichkeit nicht jedem Arbeitnehmer aufgrund seiner Tätigkeit möglich ist. Die Wirtschaft geht auch davon aus, dass die Arbeitsfähigkeit von Beamten und Tarifangestellten im öffentlichen Dienst im Home-Office gegeben ist. Schon vor Corona berichteten viele Unternehmern von Bearbeitungsstaus bei wichtigen Bau- und Genehmigungsverfahren. Wirtschaftsrelevante Ämter und Behörden müssen arbeitsfähig und leistungsfähig bleiben.

#### **10. Investitionshilfe für Kommunen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Investitionen – vereinfachte und beschleunigte Vergabeverfahren**

Kommunen sollten finanziell unterstützt werden, denn durch die Corona-Krise sind erhebliche Ausfälle bei Gewerbesteuer und der Einkommensteuer zu erwarten. Dies wiederum mindert nötige Investitionen in Bildung und Infrastruktur vor Ort. Unterstützungsprogramme der Kommunen sollten sich ebenfalls an den Nachhaltigkeitszielen, Mobilität und Digitalisierung orientieren. Vergabeverfahren sollten vereinfacht und beschleunigt werden, Vergabegrenzen erhöht werden. Qualität sollte vor Preis als Entscheidungskriterium dienen. Aufträge sollte vorzugsweise an regional ansässige Unternehmen vergeben werden, damit über regionale Lieferketten und Wirtschaftsbeziehungen die Wertschöpfung vor Ort bleibt. Die Maßnahmen unterstützen die regionale Wirtschaft beim wieder Hochfahren und sichert die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität von Wirtschaftsstandorten und Regionen sowie langfristig die Refinanzierung der Investitionen über zurückfließende Steuereinnahmen.

#### **11. Breitbandausbau und Funknetz vorantreiben sowie Förderung digitaler Investitionen in Wirtschaft, Verwaltung und Bildung**

Dass die Digitalisierung ein wichtiger Treiber in der aktuellen Situation ist und einen Wettbewerbsvorteil verspricht, hat sich an vielen Stellen gezeigt. Der Breitbandausbau als auch der Ausbau des Funknetzes müssen weiter mit aller Kraft vorangetrieben werden. Sie sind Grundlage für weitere Investitionen von Unternehmen. Zudem ist zu überlegen, welche Art von digitalen Investitionen gefördert werden sollten. Sei es beispielsweise die unterstützende Beratung bei der Digitalisierung von Arbeitsabläufen, die (Anteils)Finanzierung von Software und Technik oder gar der Entwicklung eigener Technologien in Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen oder die schlichte Förderung von Beschäftigten im Bereich digitaler Kompetenzen. Die sechs digitalen Innovationszentren des Landes können hier unterstützen und sollten daher noch stärker miteinbezogen werden, KMUs branchenübergreifend vor Ort zu unterstützen. Das Ergebnis des digitalen Handelsplatzes über „Digitales MV“ ist ein erster guter Schritt, klein- und mittelständischen Unternehmen eine Plattform zu geben, ihre Produkte auch online anzubieten.



Regionale Alternativen zu Amazon und anderen großen Plattformen sind unterstützungswürdig, um KMUs erste Schritte in die Welt des Online-Marketings und E-Commerce zu ebneten. Ergänzt werden sollten die Initiative durch weitere digitale Plattformen, die den Austausch von Personal (Arbeitnehmerüberlassung), Maschinen, Produktions- und Lagerkapazitäten ermöglichen und vereinfachen, indem beispielsweise Musterverträge zur Verfügung stehen oder auch rechtliche Beratung im Hintergrund stattfinden kann. Die Beschleunigung des Ausbaus von Breitband und Funknetz führt auch zu einer gesteigerten Wertschöpfung in Handwerk und Baugewerbe und sichert gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit regionaler Unternehmen als auch von Verwaltung und Bildung. Neben Effizienzvorteilen können dank Digitalisierung neue Geschäftsmodelle und neue Märkte erschlossen werden, aber auch die Bürokratie zwischen Wirtschaft und Verwaltung abgebaut sowie deren Austausch und Service verbessert werden (beispielsweise Prüfung des Bearbeitungsstandes von Anträgen online, etc.). Damit digitale Anwendungen zielführend sind, sollten sie intuitiv und ohne großes Anmeldeprozedere sein, sonst sind sie für die Anwender ohne Mehrwert, sondern mit Mehraufwand verbunden. Prämisse: Digitalisieren was Sinn macht und Sinn schafft.

Flächendeckender Breitbandausbau und Funknetz ist außerdem Voraussetzung für den Erfolg digitaler Bildung. Die Unterstützung von Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen der beruflichen Bildung durch Soft-, Hardware und Qualifizierung der Lehrkräfte sind ein wichtiger Schritt, um Bildungsgerechtigkeit und -chancen herzustellen.

## **12. Berufliche Bildung und Digitale Bildung zusammen denken und stärken**

Digitale Bildung ist in Corona-Zeiten ein wichtiges Thema geworden. Kindergärten, Schulen, Universitäten, überbetriebliche Ausbildungszentren, aber auch Bildungsdienstleister der beruflichen Weiterbildung mussten schließen. Neben den Betreuungsproblemen von Kindergarten-Kindern und schulpflichtigen Kindern fielen auch wesentliche Inhalte in der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung weg. Fehlende Ausstattung von Software und Hardware als auch mangelnde Qualifizierung von Lehrkräften und Dozenten verschärften das Problem. Der Digitalpakt Schule sollte daher umgehend umgesetzt werden. Die Inhalte der schulischen Lehrpläne sind an die Anforderungen der heutigen Welt inhaltlich als auch methodisch anzupassen. Der MV-Rahmenlehrplan digitale Kompetenzen ist dabei ein wichtiger Schritt. Unsere Kinder sind die Fachkräfte von morgen, eine moderne Bildung ist Grundlage für eine moderne Gesellschaft und zukunftssträchtige Wirtschaft. Lebenslanges Lernen ist seit jeher Bestandteil in der beruflichen Bildung. Aus- und Weiterbildung brauchen in Zeiten stetigen Wandels aber vor allem flexible und moderne Bildungsformate, die inhaltlich und methodisch sich an den Anforderungen der Wirtschaft orientieren. Vor allem die duale Ausbildung ist zu stärken, Lernortkooperationen zwischen Unternehmen, Berufsschule und überbetrieblichen Ausbildungszentren sollten gefördert werden, um den Wandel in die Breite zu tragen. Zudem kann digitale Bildung helfen Lehrermangel zu kompensieren, digitaler Unterricht lange Anfahrtswege und unnötige Kosten für Unterbringung und Verpflegung von Auszubildenden vermeiden.

Das deutsche duale Ausbildungssystem ist weltbekannt und geachtet. Viele kleine und mittlere Unternehmen realisieren die Ausbildungsanstrengungen, ohne dass dies besondere Unterstützung oder Aufmerksamkeit erfährt.





Aber gerade hier wird das geleistet, was das deutsche Ausbildungssystem so erfolgreich gemacht hat. Der frühzeitige hohe Praxisbezug sichert unseren klein- und mittelständischen Unternehmen qualifizierte Fachkräfte und bietet aber natürlich auch unseren Jugendlichen ihre beruflichen Zukunftsperspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten. Entsprechend niedrig ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Die berufliche Bildung leistet damit einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zur wirtschaftlichen Stärke unseres Bundeslandes. Durch die Corona-Krise sind jedoch jetzt auch Ausbildungsplätze in Gefahr. Trotz Betriebsschließung bleiben Ausbildungsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten bestehen. Da Kurzarbeit für Auszubildende keine Lösung darstellt, begrüßen wir das Landesprogramm, welches Unterstützung in Form nicht rückzahlbarer Zuwendungen in Höhe von 80 Prozent der Ausbildungsvergütung gewährt. Erste Befragungsergebnisse zeigen zudem, dass Unternehmen aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Situation nicht mehr ausbilden oder ihr Ausbildungsangebot minimieren werden, doch die Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte – und junge Menschen vor allem in der aktuellen Situation eine Perspektive. Finanzielle Unterstützungsprogramme für KMUs werden dringend auch für die Weiterqualifizierung von Fachkräften empfohlen. Digitale Angebote und Lösungen von Berufsschulen und Bildungseinrichtungen sollten gefördert werden. Eine moderne und gute berufliche Bildung sichert auch den Weg hin zur Wirtschaft 4.0. Die anstehenden Veränderungen in der Arbeitswelt finden sich sukzessive in veränderten Ausbildungsverordnungen und Rahmenlehrplänen wieder. Eine „digitale Bildung“ wird in sehr vielen Tätigkeitsfeldern mit den herkömmlichen Berufsbildern zu verknüpfen sein – eine Herausforderung für die berufliche Bildung und Wirtschaft gleichermaßen. Bei deren Umsetzung können die Unternehmen, die Berufsschullehrer und die Ausbilder in den Betrieben und den Ausbildungszentren nicht allein gelassen werden. Um das Ausbildungsengagement der Betriebe weiterhin auf hohem Niveau zu halten, muss die Politik unterstützen.

Die verschiedenen Kostenträger im Bereich Bildung sollten in ihren Finanzierungsstrukturen den Einsatz digitalen Lehrens und Lernens abbilden und für die Anbieter auskömmlich finanzieren. Eine Erweiterung des DigitalPakt für Anbieter von Aus- und Weiterbildung ist empfehlenswert, damit das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung weiterhin Bildungsexportschlagener bleibt und durch moderne betriebliche Weiterbildung die Marke „qualifizierter Fachkräfte“ stärkt.

Um die Weiterbildungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern zu erhöhen, muss über eine Öffnung der Förderung für weitere Zielgruppen nachgedacht werden. Eine individuelle Förderung von Privatpersonen ist durch das Landesprogramm nicht möglich. Auch wird der Zugang der Leistungsberechtigten eingegrenzt. Freiberufliche Selbstständige oder Unternehmen und Beschäftigte aus Branchen wie Ärzte/-innen, Finanzberater/-innen, Unternehmensberater/-innen, Versicherungsvertreter/-innen und Versicherungsmakler/-innen, Immobilienmakler/-innen oder auch in der Branche der sozialen Daseinsfürsorge (z. B. Kinder- und Jugendhilfe; soziale Dienste; Obdachlosenhilfe; Suchtbekämpfung; Behindertenhilfe) werden von der Förderung ausgeschlossen. All diese Branchen sind jedoch ebenfalls von einem Strukturwandel betroffen.



### **13. Flexibilisierung von Arbeitsrecht, Weiterbildung in Kurzarbeit erleichtern, Ausweitung des Betreuungsangebotes in Kita, Horte und Schulen**

Flexibilisierung des Arbeitsrechts: Bis vor zwei Monaten herrschte auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fachkräftemangel, glücklicherweise sind die Zahlen daher noch nicht weiter in die Höhe geschossen. Wie sich der Arbeitsmarkt entwickeln wird, ist schwer abzuschätzen. Gesetzesvorgaben zum Home-Office sind aber in der aktuellen Zeit kontraproduktiv, da sie in die Entscheidungsfreiheit der Arbeitgeber eingreift, zumal vielen Beschäftigten der Zugang aufgrund ihrer Tätigkeit verwehrt bleibt und Home-Office sich vor allem bei Beschäftigten und Tätigkeiten anbietet, die aufgrund ihrer akademischen Bildung ein höheres Gehalt verdienen. Es fördert den sozialen Unfrieden in Unternehmen. Vielmehr sollte das Arbeitsrecht flexibilisiert werden, wenn es sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf flexibles Arbeiten verständigen können, sollen sie es in eigenem Ermessen umsetzen können. Denn Home-Office bedeutet Investition in Hard- und Software und benötigt ein Datenschutzkonzept, damit sensible Unternehmensdaten nicht ungesichert in falsche Hände gelangen. Und auch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers über Arbeitszeit und Arbeitsschutz bleibt im Home-Office bestehen. Das für einzelne Arbeitsplätze umsetzen zu müssen, stellt vor allem KMUs vor finanzielle und personelle Probleme. Vielmehr sollten flexible Arbeitszeiten im Einvernehmen aller Beteiligten unterstützt werden und sich auch an den Bedingungen der Unternehmen orientieren.

Der Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen muss erleichtert werden. Kleine und mittlere Unternehmen, die von Kurzarbeit betroffen sind, soll es ermöglicht werden niedrigschwellige Weiterbildungsmaßnahmen unabhängig von den Anforderungen des SGB III nutzen zu können, um ihre MitarbeiterInnen weiter zu qualifizieren. Digitale Angebote und modulare Angebote sollten gefördert werden, der zeitliche Umfang der Weiterbildungsmaßnahmen sollte flexibel und kurzfristig an den Weiterbildungsbedarf angepasst werden können und nicht auf mindestens 120 Stunden festgelegt sein. Das Qualifizierungschancengesetz ist weiter den Anforderungen der aktuellen Situation und Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen. Unter dem Titel „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ wurde es bereits in Teilen nachgebessert.

Die Ausweitung des Betreuungsangebotes in Kita, Horte und Schulen ist notwendig zur Sicherstellung von Bildungsgerechtigkeit und Basis für ein Wiederanlaufen der Wirtschaft. Aufgrund der Schließung der Betreuungsangebote in Kita, Horte und Schulen stehen viele ArbeitnehmerInnen, aber auch ArbeitgeberInnen vor der Herausforderung eine geeignete Betreuung für ihre Kinder zu gewährleisten. Eine schrittweise Öffnung der Einrichtungen in kleinen Gruppen gibt kaum Planungssicherheit. Des Weiteren kann nicht jeder Beschäftigte seine Arbeit im Home-Office erledigen. Wer Betreuungspflichtige Kinder hat, kann neben Home-Office nur Überstunden abbauen, Minusstunden aufbauen oder Urlaub nehmen. Auch diese Möglichkeiten sind irgendwann erschöpft, vor allem Alleinerziehende stehen hier vor großen Problemen. Auch Arbeitgeber stoßen irgendwann an ihre Grenzen, denn Schichtpläne sind zu erstellen, um Arbeitszeiten zu entzerren, etc. Daher braucht es eine transparente und einheitliche Strategie zur Öffnung der Betreuungseinrichtungen, daneben hat jedes Kind ein Anrecht auf Bildung. Doch derzeit ist vor allem das Schulwesen ein einziger Flickenteppich. Die Qualität des Lehrens und Lernens ist abhängig von technischer Ausstattung zuhause und in der Schule sowie vom technischen Know-How und Engagement der Lehrkräfte. Damit die Bildungslücke nicht größer wird, sind dringend landesweite besser bundesweite Strategien zu entwickeln, wie Bildung zukünftig umgesetzt werden kann.



Die föderale Bildungspolitik stößt in diesen Zeiten noch mehr an seine Grenzen, ein Umdenken ist hier dringend erforderlich. Auch sollte der Fokus vermehrt auf politische und wirtschaftliche Bildung im schulischen Kontext gelegt werden, um Fake News und Verschwörungstheorien Einhalt zu gebieten als auch das Verständnis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu fördern.

-

Die Krise und ihre Verwerfungen sowie die Weichenstellungen der nächsten Monate werden die kommenden Jahre in jedem einzelnen Unternehmen prägen. Dies erfordert unternehmerischen Mut und eine starke Begleitung von Politik und Gesellschaft, um die Anpassungsprozesse zu bewältigen. Improvisation, kreative Lösungen, Loslassen herkömmlicher Arbeitsweisen und Routinen wird an der Tagesordnung sein. Ein Zurück in die „Vor-Corona-Welt“ wird es nicht geben.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Rolf Paukstat'.

Rolf Paukstat  
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'P. Buggenhagen'.

Pamela Buggenhagen  
Geschäftsführerin

Schwerin, 29.05.2020